

Wissenschaftspolitik für Nachhaltige Entwicklung. Thesen der Wissenschaftskommission des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND e. V.)

Rudi Kurz · Vera Luthardt · Rosine Schnitzer

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2014



Rudi Kurz



Vera Luthardt



Rosine Schnitzer

1 Vorbemerkungen

Damit Nachhaltige Entwicklung gelingen kann, ist eine Transformation erforderlich, die alle gesellschaftlichen Dimensionen erfasst (vgl. WBGU 2011). Das Wissenschaftssystem und seine Ergebnisse bestimmen entscheidend

zukünftige Entwicklung. Daher gilt: Keine gesellschaftliche Transformation ohne Transformation des Wissenschaftssystems. „Umweltverbände können und sollten eine wichtige Kraft für die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems sein und diese Rolle künftig noch stärker ausfüllen.“ (BUND 2012, S. 22). Ein Beispiel ist die Beteiligung des BUND als Kooperationspartner an der Konferenz der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE). Dort wurden die Thesen zur Diskussion gestellt, die im Vorfeld von der BUND-Wissenschaftskommission erarbeitet worden sind. Im Folgenden wird der aktuelle Stand präsentiert und erläutert. Wir befinden uns in einem fortlaufenden Diskussions- und Lernprozess und sind daher für Anregungen zur Weiterentwicklung dankbar. Aufgrund des Erfolgs der Veranstaltung an der HNEE strebt der BUND an, mit weiteren Hochschulen Veranstaltungen zu diesem Thema zu organisieren. Konkret sind wir im Gespräch mit der Universität Göttingen und mit der Leuphana Lüneburg.

R. Kurz (✉)
Fakultät für Wirtschaft und Recht, Hochschule Pforzheim,
Tiefenbronner Str. 65,
75175 Pforzheim, Deutschland
E-Mail: rudi.kurz@hs-pforzheim.de

V. Luthardt
Vegetationskunde und Angewandte Pflanzenökologie,
Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH),
Schicklerstraße 5,
16225 Eberswalde, Deutschland
E-Mail: vera.luthardt@hnee.de

R. Schnitzer
Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
(BUNDjugend),
Am Köllnischen Park 1a,
10179 Berlin, Deutschland
E-Mail: rosine.schnitzer@bundjugend.de

2 Thesen und Erläuterungen

These 1: Die Steuerung des Wissenschaftssystems ist derzeit in weiten Teilen intransparent und entzieht sich der Rechenschaftspflicht und parlamentarischer Entscheidung.

These 2: In allen Gremien von öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen, die über Schwerpunkte der Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung entscheiden, muss die Beteiligung der Zivilgesellschaft sichergestellt werden. Die Beteiligung an Entscheidungen über Forschungsfragen und -programme (Agenda-Setting) steigert die gesellschaftliche Relevanz der Forschung und greift nicht in die Freiheit der Forschung ein.

An statistischen Daten zu den F&E-Ausgaben und zur F&E-Förderung mangelt es nicht. Bund, Länder und EU sowie private Institutionen (z. B. Wissenschaftsstatistik des Stifterverbands) tragen dazu bei. Schwierig wird es, wenn man nach den strategischen Zielen sucht – etwa die Frage stellt, inwieweit die BUND-Förderung nach einer Forschungsmilliarde für Nachhaltigkeit erfüllt ist oder wo es zu (ungewollter) Kumulation von Förderung kommt.

Gravierender als mangelnde Transparenz bei den Finanzströmen ist die Intransparenz der Entscheidungsverfahren. Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem Agenda-Setting (wie und von wem werden die großen Forschungsfelder festgelegt?) und der Entscheidung über das einzelne Projekt. Letzteres ist – nicht zuletzt durch die Einschaltung von Projektträgern – weitgehend professionalisiert und nachvollziehbar. Interessant ist vielmehr, wie es z. B. letztlich zur Entscheidung über 2,4 Mrd. € für Bio-Ökonomie-Förderung kommt und wie dieses Themenfeld abzugrenzen ist. Inwieweit funktioniert hier noch parlamentarische Kontrolle? Inwieweit wird unter dem Deckmantel der Freiheit der Wissenschaft ein Expertensystem aufgebaut, dessen Verflechtung mit Unternehmensinteressen nicht hinreichend thematisiert wird?

Der BUND wird sich für mehr Transparenz der Finanzströme aber vor allem der Governance-Strukturen einsetzen. Stets gilt es zu fragen, welchen gesellschaftspolitischen Zielen die Forschungsschwerpunkte dienen, insbesondere was sie zu Nachhaltiger Entwicklung beitragen können. Das müsste auch ein Anliegen der ParlamentarierInnen sein, deren Entscheidungskompetenz hier sehr weitreichend von ExpertInnen dominiert wird.

Die Beteiligung der Zivilgesellschaft ist in jüngerer Zeit verbessert worden und es gibt gute Beispiele sowohl auf Bundesebene (Fona Agendaprozess, Forschungsforum Energiewende) wie auch auf Landesebene (vgl. z. B. MWK 2013). Diese Beispiele müssen systematisch ausgewertet und auf andere Institutionen der Forschungsförderung übertragen werden.

These 3: Zur Organisation und Bündelung von Kompetenzen, Fragestellungen und Forschungsbedarf Zivilgesellschaftlicher Organisationen (ZGO) muss eine Plattform geschaffen werden (Wissenschaftsforum). Sie koordiniert und optimiert den Status Quo, arbeitet aber auch an den Grundlagen für eine neue, zivilgesellschaftlich bestimmte Säule des Wissenschaftssystems.

These 4: Längerfristig muss ein Forschungsfonds eingerichtet werden, der mit Finanzmitteln ausgestattet wird, über deren Verwendung die ZGO nach eigenen Forschungsschwerpunkten entscheiden. Mit einem solchen Forschungsfonds werden sie in die Lage versetzt, ein Gegengewicht zum tradierten Wissenschaftsbetrieb zu setzen und können Nukleus für einen Paradigmenwechsel sein.

These 5: Beteiligung kann nur wirksam werden, wenn sich dafür qualifizierte VertreterInnen engagieren können. Das erfordert Investition in Ausbildung und Lernprozesse gesellschaftlicher Akteure (Capacity Building). Plattform und Forschungsfonds unterstützen den Aufbau dieser Kapazitäten.

Die verstärkte Mitwirkung der Zivilgesellschaft im Wissenschaftssystem kann zur Verbesserung der Ergebnisse beitragen (Impulse für interdisziplinäre Zusammenarbeit) und den Anwendungsbezug verbessern (transdisziplinärer Aspekt). Wenn dieses Potential erkannt ist, stellt sich aber die Frage, wie es mobilisiert werden kann. Wie kann die Zivilgesellschaft besser in die Zielfindung des Wissenschaftssystems einbezogen werden, Projekte kritisch begleiten, bei der Definition von Anwendungsbedingungen bzw. bei der Umsetzung mitwirken?

Zum einen kann dies durch die Beteiligung im Rahmen bestehender Strukturen gelingen. Zumeist spielen ZGO-Vertreter in solchen Gremien allerdings nur eine marginale Rolle. Zudem verfügen die ZGO weder über die personellen noch über die finanziellen Ressourcen, um auch nur ansatzweise den „Beteiligungsaufwand“ treiben zu können, den sich die Wirtschaft und Großunternehmen leisten.

Neben der verstärkten Beteiligung in bestehenden Gremien ist daher ein zweiter Ansatz für eine wirksame Forschungswende zu verfolgen: Die ZGO setzen eine eigene, ihren Problemstellungen entsprechende Forschungsagenda. Ein erster Schritt zur Etablierung einer solchen „zweiten Säule“ könnte ein Forschungsforum „Nachhaltige Entwicklung“ sein. Vorarbeiten dazu sind im Rahmen des Projekts „Forschungswende“ geleistet worden. Es käme nun darauf an, die institutionellen Rahmenbedingungen festzuschreiben und vor allem für eine angemessene Finanzausstattung zum Aufbau der notwendigen Infrastruktur zu sorgen (Größenordnung 1 Mio. €). Mittelfristig wäre dann eine deutliche Ausweitung des Finanzrahmens erforderlich (Nachhaltigkeitsmilliarde), damit Forschung unter Regie der ZGO im Spektrum des Wissenschaftssystems Wirkung erzielen kann. Verbunden damit wäre auch ein Capacity Building, das die Zivilgesellschaft zu einem kompetent(er)en Partner im Wissenschaftssystem macht. Der BUND hat durch seinen Wissenschaftlichen Beirat eine lange Tradition der Mitwirkung im Wissenschaftssystem und wird dies durch die Ausarbeitung einer Forschungsagenda unterstreichen.

These 6: Die einseitige Ausrichtung des Wissenschaftssystems auf technische Innovation wird den Herausforderungen der Transformation nicht gerecht. Es geht vor allem um Systeminnovation, d. h. gesellschaftliche Innovation, die aus dem Zusammenwirken verschiedener Disziplinen und dem Austausch von Wissenschaft und Praxis entsteht.

Daher sind interdisziplinäre und transdisziplinäre Ansätze zu stärken.

These 7: Die Forschungsförderung muss neben Exzellenzinitiativen für Grundlagenforschung eine gleichrangige und gleichermaßen anerkannte Fördersäule für angewandte Forschung setzen (Stärkung der transdisziplinären Forschung).

Das aktuelle Wissenschaftssystem ist naturwissenschaftlich-technisch geprägt, zielt also primär auf technische Innovation. Nachhaltige Entwicklung braucht auch technische Innovation (Effizienz-Revolution). Allerdings bleibt aktuell schon auf der Input-Seite des Innovationsprozesses die gesellschaftliche und institutionelle Innovation unterbelichtet. Es wird weiterhin die disziplinär ausgerichtete Optimierung von Teilsystemen betrieben – unter Vernachlässigung der Systemzusammenhänge. So entstehen mit immer ausgefeilteren Methoden immer neue Insellösungen ohne dass ein Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele erkennbar ist. Die notwendige Umorientierung der Forschung betrifft sowohl die Fragestellungen als auch die Forschungsmethode. Forschung für Nachhaltige Entwicklung verlangt mehr interdisziplinäre Zusammenschau und muss den Dialog mit der Praxis pflegen und nutzen. An Hochschulen und Forschungsinstituten gibt es dazu ermutigende Best-Practice-Beispiele, die es in Zukunft stärker zu fördern gilt.

These 8: Die staatliche Finanzierung der Hochschulen muss verbessert werden. Zunächst gilt es, die generelle Unterfinanzierung der Hochschulen zu beenden und durch eine Erhöhung der Grundfinanzierung die Ausbildungsqualität insgesamt zu verbessern. Damit soll zugleich die Abhängigkeit von Finanzmitteln aus der Wirtschaft begrenzt werden.

These 9: Es muss sichergestellt werden, dass Hochschulen die großen NE-Herausforderungen (Klima, Biodiv, Armut, ...) systematisch in der Lehre berücksichtigen. Dazu muss auch die Zusammensetzung der Hochschulräte geändert und für ZGO geöffnet werden und muss studentisches Engagement gefördert und genutzt werden.

Die Hochschulen sind nicht nur wegen ihrer Forschungsaktivitäten, sondern vor allem wegen der Lehre und damit der Ausbildung der nächsten Generation von Führungskräften und EntscheidungsträgerInnen von großer Bedeutung für Nachhaltige Entwicklung. Angesichts des realen Rückgangs der staatlichen Mittel haben die Bemühungen um private Zusatzfinanzierung stetig zugenommen. Zudem sind die Governance-Strukturen so verändert worden, dass sie dem Leitbild einer unternehmerischen Hochschule genügen (mit Vorstand und Aufsichtsrat). Daraus resultieren zwei gravierende Fehlentwicklungen: Zum einen die chronische Unterfinanzierung und zum anderen ein zu starker Einfluss

von Wirtschaft und Unternehmen. Um die Unterfinanzierung der Hochschulen zu korrigieren, sind Milliardenbeträge erforderlich bzw. Steigerungsraten von 4–5% p.a. über einen Zehnjahreszeitraum hinweg. Zur Korrektur der Fehlentwicklungen in der Governance-Struktur müsste die Besetzung der Hochschulräte verändert werden. Dort fallen die strategischen Entscheidungen über die Hochschulentwicklung, über Programme, Professorenstellen und Finanzen. Und daraus ergibt sich, welche Art von AbsolventInnen unsere Hochschulen verlassen. Weit wichtiger als eine Frauenquote für den Hochschulrat ist es daher, eine angemessene Beteiligung von ZGO sicherzustellen. Zusammen mit internen Stakeholdern (Studentischen Initiativen) ließe sich dann „nachhaltige“ Veränderungen in Curricula und Didaktik erreichen. Der BUND wird in einem ersten Schritt alle Wissenschaftsministerien der Bundesländer befragen, welche Kenntnisse sie über die Zusammensetzung „ihrer“ Hochschulräte haben und inwiefern sie bereit sind, den Einfluss der Zivilgesellschaft zu stärken.

These 10: Eine verbesserte Ausstattung des Wissenschaftssystems muss einhergehen mit verbesserter Evaluierung und Erfolgskontrolle. Dabei geht es nicht nur um die Effizienz der Mittelverwendung, sondern auch um die Bewertung von Lern- und Erkenntnisfortschritt.

Neben besserer Mittelausstattung kann auch eine verbesserte Effizienz zur Steigerung der Wirksamkeit des Wissenschaftssystems für Nachhaltige Entwicklung beitragen. Die Evaluation von Forschung wird bestimmt von Publikationen in high-ranking Journals (und daraus leiten sich auch akademische Karrieren ab). Zukünftig muss im Evaluierungssystem der Umsetzung und Anwendung mehr Gewicht gegeben werden. Welche Transferanstrengungen werden unternommen und welcher (unmittelbare) Beitrag zur Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme wird geleistet? Gute Forschung zeichnet sich durch beides aus: rigor and relevance. Evaluation in der Lehre ist die Frage nach der Erreichung der Programm- bzw. Lernziele. Es genügt nicht wohlklingende Nachhaltigkeits-Programme anzubieten, wenn nicht geprüft wird, ob die AbsolventInnen die Programmziele tatsächlich erreichen. Die Messung des Lernerfolgs ist sowohl für systematisches Curriculum Management (inhaltliche Weiterentwicklung, didaktische Innovation) als auch für gezieltes Faculty Development (Weiterbildung) unverzichtbar. Das Wissenschaftssystem hat (auch) eine gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Die akademische Elite muss sich mit ihrem Sachverstand in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen (thought leadership), die drängenden gesellschaftlichen Fragen aufgreifen und Lösungen vorschlagen.

3 Schlussbemerkungen

Die Leistung des Wissenschaftssystems für Nachhaltige Entwicklung muss und kann deutlich gesteigert werden. Weder ist bisher eine systematische Ausrichtung an den großen gesellschaftlichen Herausforderungen erfolgt, noch sind die Prioritäten gesetzt und die Institutionen aufgebaut, die dies mittelfristig bewirken könnten. Da das System extrem träge reagiert, besteht drängender Handlungsbedarf. Der BUND fordert alle Akteure auf, diesem für den gesellschaftlichen Transformationsprozess so wichtigen Feld mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Heute dominieren noch immer Einzelinteressen, für die Nachhaltige Entwicklung keine Bedeutung hat. Auch um diese Interessen zurück zu drängen, vor allem aber im Interesse anwendungsorientierter Lösungen, beteiligt sich der BUND als ZGO aktiv an der Neu-Ausrichtung des Wissenschaftssystems. Dieses Feld der Transformation müssen wir mitbearbeiten, weil hier falsche und folgenschwere Weichenstellungen erfolgen – aber auch entlastende Lösungspotentiale zu finden sind.

Anhang

Thesen zur Wissenschaftspolitik für Nachhaltige Entwicklung
BUND Wissenschaftskommission, Januar 2014

- 1 Die Steuerung des Wissenschaftssystems ist in weiten Teilen **intransparent** und entzieht sich der Rechenschaftspflicht und parlamentarischen Entscheidung
- 2 In allen Gremien von öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen, die über Schwerpunkte der Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung entscheiden, muss die **Beteiligung** der Zivilgesellschaft sichergestellt werden. Die Beteiligung an Entscheidungen über Forschungsfragen und –programme (Agenda-Setting) steigert die gesellschaftliche Relevanz der Forschung und greift nicht in die Freiheit der Forschung ein
- 3 Zur Organisation und Bündelung von Kompetenzen, Fragestellungen und Forschungsbedarf Zivilgesellschaftlicher Organisationen (ZGO) muss eine **Plattform** geschaffen werden (Wissenschaftsforum, -agora). Sie koordiniert und optimiert den Status Quo, arbeitet aber auch an den Grundlagen für eine neue, zivilgesellschaftlich bestimmte Säule des Wissenschaftssystems
- 4 Längerfristig muss ein **Forschungsfonds** eingerichtet werden, der mit Finanzmitteln ausgestattet wird, über deren Verwendung die ZGO nach eigenen Forschungsschwerpunkten entscheiden. Mit einem solchen Forschungsfonds werden sie in die Lage versetzt, ein Gegengewicht zum tradierten Wissenschaftsbetrieb zu setzen und können Nukleus für einen Paradigmenwechsel sein
- 5 Beteiligung kann nur wirksam werden, wenn sich dafür qualifizierte Vertreter engagieren können. Das erfordert Investition in Ausbildung und Lernprozesse gesellschaftlicher Akteure (**Capacity Building**). Plattform und Forschungsfonds unterstützen den Aufbau dieser Kapazitäten

- 6 Die einseitige Ausrichtung des Wissenschaftssystems auf technische Innovation wird den Herausforderungen der Transformation nicht gerecht. Es geht vor allem um Systeminnovation, d. h. **gesellschaftliche Innovation**, die aus dem Zusammenwirken verschiedener Disziplinen und dem Austausch von Wissenschaft und Praxis entsteht. Daher sind interdisziplinäre und transdisziplinäre Ansätze zu stärken
- 7 Die Forschungsförderung muss neben Exzellenzinitiativen für Grundlagenforschung eine gleichrangige und gleichermaßen anerkannte Säule für **angewandte Forschung** setzen (Stärkung der transdisziplinären Forschung)
- 8 Die staatliche Finanzierung der Hochschulen muss verbessert werden. Zunächst gilt es, die generelle Unterfinanzierung der Hochschulen zu beenden und durch eine Erhöhung der Grundfinanzierung die Ausbildungsqualität insgesamt zu verbessern. Damit soll zugleich die **Abhängigkeit** von Finanzmitteln aus der Wirtschaft begrenzt werden
- 9 Es muss sichergestellt werden, dass Hochschulen die großen NE-Herausforderungen (Klima, Biodiv, Armut, ...) systematisch in der **Lehre** berücksichtigen. Dazu muss auch die Zusammensetzung der **Hochschulräte** geändert und für ZGO geöffnet werden und muss studentisches Engagement gefördert und genutzt werden
- 10 Eine verbesserte Ausstattung des Wissenschaftssystems muss einhergehen mit verbesserter Evaluierung und **Erfolgskontrolle**. Dabei geht es nicht nur um die Effizienz der Mittelverwendung, sondern auch um die Bewertung von Lern- und Erkenntnisfortschritt

Literatur

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) (2012) Nachhaltige Wissenschaft. Plädoyer für eine Wissenschaft für und mit der Gesellschaft. Berlin
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (MWK) (Hrsg) (2013) Wissenschaft für Nachhaltigkeit. Herausforderung und Chance für das baden-württembergische Wissenschaftssystem, Bericht der Expertengruppe „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“. Stuttgart
- Schneidewind U, Singer-Brodowski M (2013) Transformative Wissenschaft. Marburg (Metropolis)
- UN Principles for Responsible Management Education (PRME) (2013) Inspirational Guide for the Implementation of PRME: Learning to Go Beyond, 2nd ed. Sheffield (Greenleaf)
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011) Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin
- Zahrnt A, Zahrnt V (2008) NGOs und Umweltwissenschaft. Ein Verhältnis im Wandel. Politische Ökologie 26. Jg., Sept., 64–66